

D-01 Ein Sozialpakt für klimagerechten Wohlstand

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 14.09.2021
Tagesordnungspunkt: B Bundestagswahl: Bereit, weil Ihr es seid

Antragstext

- 1 Klimaschutz, die Einhaltung der Pariser Klimaziele, die Ausrichtung der eigenen
2 Politik auf das Erreichen des 1,5-Grad-Pfades, die Transformation zu einer
3 klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise: All das ist die wichtigste Aufgabe
4 der nächsten Bundesregierung. Entweder wir handeln in den kommenden vier Jahren
5 konsequent oder die Veränderungen überwältigen uns. So, wie sie im Ahr- und
6 Rurtal die Menschen von einem auf den nächsten Moment in tragischer Weise
7 überwältigt haben.
- 8 Beim Klimaschutz geht es nicht um unseren Planeten, es geht um uns Menschen.
9 Eine ungebremste Klimakrise zerstört unsere Lebensgrundlagen und nimmt uns die
10 Freiheit, selbst über unsere Art zu leben zu bestimmen. Internationale
11 Forscher*innen, Zentralbanken und Finanzaufsichtsbehörden haben errechnet, dass
12 das weltweite BIP in diesem Jahrhundert um bis zu 37 Prozent einbrechen könnte.
13 Ohne konsequenten Umbau auf nachhaltigen Wohlstand werden unser
14 Wirtschaftsmodell und damit auch unsere Sozialsysteme über kurz oder lang
15 zusammenbrechen. Die Klimakrise ist damit das größte Risiko für die soziale
16 Sicherheit und den Wohlstand in unserem Land. Klimaschutz dagegen die Chance,
17 Sicherheit, Freiheit und Wohlstand zu wahren.
- 18 Die kommende Bundesregierung muss deshalb eine Klimaregierung sein. Sie muss das
19 Tempo beim Klimaschutz verdreifachen, quer durch alle Sektoren. Es geht jetzt
20 nicht mehr um punktuelle Veränderungen mal hier, mal dort, wir müssen vieles
21 gleichzeitig angehen: einen schnelleren Kohleausstieg bis 2030, eine
22 Ausbauoffensive für die Erneuerbaren Energien, den stärkeren Ausbau von Bus und
23 Bahn, den Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor, die klimaneutrale
24 Modernisierung der Industrie, eine stärkere Bepreisung von CO₂ mit sozialem
25 Ausgleich, eine Wärmewende in unseren Gebäuden und eine klimagerechte
26 Landwirtschaft. In Europa treiben wir eine ambitionierte
27 Rahmengesetzgebung voran, weil Klimaschutz nur gemeinsam mit unseren Partnern
28 funktioniert. Dies alles sind große Veränderungen, aber erstens werden sie umso
29 einschneidender sein, je später wir damit beginnen. Und zweitens sind sie die
30 Bedingung dafür, dass wir bewahren können, was uns lieb und teuer ist.
- 31 Der Wandel birgt Chancen. Denn die Märkte der Zukunft sind klimaneutral. Und
32 wenn wir hier den Anschluss halten, können in den kommenden Jahren
33 Hunderttausende neue Jobs entstehen – etwa im Handwerk und in der Bauwirtschaft,
34 in neuen Industriebereichen und der Kreislaufwirtschaft, in der
35 Batteriezellenproduktion und der Wasserstoffindustrie oder auch in neuen
36 Dienstleistungsfeldern.
- 37 Die Transformation ist eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Sie
38 bedeutet Anstrengung und Zumutung, sie geht einher mit der Angst, ins

39 Hintertreffen zu geraten, der Sorge, zu verlieren, was man sich aufgebaut hat
40 und worauf man stolz ist – Kohlearbeiter, Autobauerinnen, Facharbeiterinnen in
41 Zuliefer-Firmen seien exemplarisch genannt. Und gerade für Menschen mit
42 niedrigen Einkommen werden höhere Preise an der Tankstelle oder steigende
43 Mieten, neue Anschaffungen wie ein Elektroauto, die Sanierung des eigenen Hauses
44 eine reale Belastung, wenn man sie politisch nicht flankiert.

45 Es ist daher entscheidende politische Aufgabe, Klimaschutz mit einer starken
46 Sozialpolitik zu verbinden und so Sicherheit im Übergang zu schaffen. Der
47 Einsatz für eine sozial gerechtere Gesellschaft gehört untrennbar zu einem
48 ambitionierten Klimaschutzprogramm. Wir schlagen deshalb einen Sozialpakt für
49 klimagerechten Wohlstand vor. Dabei suchen wir das Bündnis mit Gewerkschaften
50 und Sozialverbänden, mit Arbeitgeber*innen und Industrie. Gerade wir, die wir
51 den Klimaschutz vorantreiben, nehmen die Verantwortung für die Veränderung voll
52 und ganz an und richten die Regierungspolitik darauf aus, Klimaschutz,
53 wirtschaftliche Prosperität und sozialen Ausgleich zu verbinden.

54 **So unterstützen wir Arbeitnehmer*innen und Unternehmen im Wandel**

55 Eine Wirtschaft, die sich wandelt, verändert auch die Arbeitswelt und stellt
56 neue Anforderungen an jeden Einzelnen. Um Menschen fit zu machen für die neuen
57 Anforderungen, brauchen wir mehr Weiterbildung und Qualifizierung als je zuvor.
58 Wir wollen Beschäftigte und Unternehmen dabei unterstützen, indem wir

- 59 • die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung
60 weiterentwickeln, die nicht erst dann auf den Plan tritt, wenn jemand
61 bereits arbeitslos geworden ist, sondern durch Weiterbildungs- und
62 Qualifizierungsangebote Arbeitslosigkeit verhindert. Wir schaffen einen
63 Rechtsanspruch auf Weiterbildung. Die Arbeitsversicherung unterstützt bei
64 den Kosten der Weiterbildung und gewährt ein Weiterbildungsgeld für den
65 Lebensunterhalt,
- 66 • für die besonders vom Wandel betroffenen Unternehmen und Branchen eine
67 Qualifizierungs-Kurzarbeit schaffen. So verhindern wir, dass es zu
68 Entlassungen kommt und sichern den Umbau in den bestehenden Unternehmen
69 ab,
- 70 • Tarifbindung und Mitbestimmung stärken. Denn in den neuen Branchen hapert
71 es häufig an ausreichender Vertretung der Arbeitnehmer*innen. Es ist auch
72 nicht akzeptabel, wenn etwa der Biosupermarkt die Gründung eines
73 Betriebsrats verhindert. Ein Bundestariftreuegesetz stellt sicher, dass
74 öffentliche Aufträge nur an Unternehmen gehen, die nach Tarif zahlen. Wir
75 werden in Bereichen mit geringer Tarifabdeckung verstärkt Tarifverträge
76 für allgemeinverbindlich erklären und damit auf alle Unternehmen einer
77 Branche ausdehnen.

78 Eine dynamische Wirtschaft und gute Arbeitsplätze sind das Fundament unserer
79 sozialen Marktwirtschaft. Dieses Fundament gilt es, auf dem Weg zur
80 Klimaneutralität zu stärken. Wir werden deshalb

- 81 • die Spielräume für die Wirtschaft erweitern, damit sie gerade nach der
82 Corona-Krise klimafreundlich investieren kann. Dafür erweitern wir den
83 steuerlichen Verlustrücktrag und verbessern die

84 Abschreibungsmöglichkeiten, so dass Klima-Investitionen auch nach
85 Auslaufen der aktuellen Corona-Sonderregelungen degressiv mit mindestens
86 25 Prozent abgeschrieben werden können. Die steuerliche Förderung von
87 Forschung und Entwicklung stärken wir und beschleunigen die
88 Förderentscheidungen,

89 • mit Klimaschutzverträgen und europäischen Klimazöllen dafür sorgen, dass
90 der klimafreundliche Umbau der Industrie gelingt und nicht zu Abwanderung
91 und dem Verlust von Arbeitsplätzen führt,

92 • das System der Abgaben, Umlagen und Steuern bei den Strompreisen
93 reformieren, damit Industrie, Handel und Gewerbe noch stärker davon
94 profitieren, selbst auf Erneuerbare-Energien-Anlagen umzustellen,

95 • ein Investitionsprogramm auflegen, das über zehn Jahre 500 Milliarden Euro
96 zusätzliche Investitionen in Klimaneutralität, Digitalisierung und
97 Infrastruktur vorsieht. Viel zu lange wurden Investitionen in Klimaschutz
98 und Digitalisierung verschlafen und wurde die Infrastruktur auf Verschleiß
99 gefahren. Nur mit beherzter Investitionspolitik erhalten wir unseren
100 Wohlstand und erreichen Klimaneutralität.

101 **So unterstützen wir Mieter*innen im Wandel**

102 Die Mieten steigen in den großen Städten seit Jahren schneller als die
103 Einkommen. Immer mehr Menschen sind durch die Mietkosten finanziell überlastet
104 und vielerorts fällt es selbst Menschen mit mittlerem Einkommen und Familien
105 schwer, noch bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wir werden

106 • die Mietpreisbremse scharfstellen, indem wir die Ausnahmen streichen und
107 reguläre Mieterhöhungen auf maximal 2,5 Prozent pro Jahr deckeln. Und ein
108 Bundesgesetz soll es Ländern und Kommunen ermöglichen, rechtssichere
109 Mietobergrenzen im Bestand festzulegen, wo Wohnungsmangel dies erfordert,

110 • sicherstellen, dass die Mieter*innen nicht die Kosten der energetischen
111 Sanierung zahlen. Dafür werden wir die Modernisierungsumlage senken und
112 bei maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter deckeln. Außerdem werden wir
113 energetische Sanierungen stärker öffentlich fördern und die Förderung am
114 erreichten energetischen Standard und damit auch an den eingesparten
115 Heizkosten ausrichten. So wird Sanieren in der Regel Warmmieten-neutral,

116 • festlegen, dass nicht die Mieter*innen, sondern die Hauseigentümer*innen
117 den CO₂-Preis fürs Heizen bezahlen. Denn nur Hauseigentümer*innen können
118 entscheiden, ob sie die alte Heizung gegen eine klimaschonende Wärmepumpe
119 austauschen und so den Mieter*innen hohe Heizkosten ersparen oder nicht,

120 • die Bundesförderung für den Bau von Sozialwohnungen dauerhaft erhöhen. Und
121 wir werden eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen: Vermieter*innen, die
122 sich zu dauerhafter Sozial- und Mietenbindung verpflichten, erhalten im
123 Gegenzug Steuervergünstigungen und Investitionszulagen.

124 **So unterstützen wir Menschen mit geringem Einkommen im Wandel**

125 Allein zehn Millionen Menschen in Deutschland arbeiten zu einem Lohn von unter
126 12 Euro. Etwa 16 Prozent aller Menschen in Deutschland sind arm oder von Armut

127 akut bedroht. In der Gruppe der Alleinerziehenden sind es sogar über ein Drittel
128 und deren Kinder. Für sie zählt jeder Euro. Wir werden Armut entschlossener
129 bekämpfen und für faire Löhne sorgen. Dafür werden wir

- 130 • den Mindestlohn sofort auf 12 Euro die Stunde anheben. Etwa zehn Millionen
131 Arbeitnehmer*innen werden dadurch mehr verdienen als bisher – und die
132 Wirtschaft wird um 50 Milliarden Euro wachsen,
- 133 • über 95 Prozent der Menschen durch eine Anhebung des Grundfreibetrags der
134 Einkommensteuer steuerlich entlasten,
- 135 • den Regelsatz der Grundsicherung (Hartz IV) in einem ersten Schritt um 50
136 Euro pro Monat anheben,
- 137 • die Lebensbedingungen von Millionen Kindern und Jugendlichen in
138 Deutschland verbessern, indem wir sie aus dem Hartz IV-System herausholen.
139 Fast 3 Millionen Kinder und Jugendliche leben in Armut, das ist jedes
140 fünfte Kind. Durch die Einführung einer Kindergrundsicherung erhält
141 künftig jedes Kind einen festen Garantie-Betrag. Kinder in Familien mit
142 geringem oder gar keinem Einkommen erhalten zusätzlich noch einen
143 GarantiePlus-Betrag, und zwar je niedriger das Familieneinkommen, desto
144 höher. Die Kindergrundsicherung muss nur einmal bei der Geburt beantragt
145 werden, und ab dann zahlt die Familienkasse die berechnete Höhe
146 automatisch aus,
- 147 • dafür sorgen, dass Schulen mit einem Anteil von mehr als 20 Prozent
148 anspruchsberechtigter Kinder automatisch mehr Geld erhalten. Mit einem
149 neuen Bildungs- und Teilhabegesetz sollen sie deshalb einen Förderauftrag
150 vom Staat bekommen. Damit können Schulen in benachteiligten Gebieten
151 zusätzliche Lernförderung und systematische Präventionsarbeit dauerhaft
152 ausbauen und dafür pädagogische Fachkräfte einstellen,
- 153 • zur Finanzierung Steuerhinterziehung und Steuerumgehung endlich
154 entschlossen bekämpfen. Wir werden eine Anzeigepflicht auch für nationale
155 Steuerumgehungsmodelle einführen und die Umgehung der Grunderwerbsteuer
156 durch große Wohnungskonzerne beenden,
- 157 • außerdem die wirklich hohen Einkommen moderat höher besteuern. In der
158 Einkommensteuer wird für Einkommen oberhalb von 100.000 Euro bzw. 200.000
159 bei Paaren eine neue Stufe von 45 Prozent eingeführt. Und für Einkommen
160 oberhalb von 250.000 bzw. 500.000 setzen wir mit einer weiteren Stufe auf
161 einen neuen Spitzensteuersatz von 48 Prozent.

162 **So unterstützen wir im Alltag im Wandel**

163 Ambitionierter Klimaschutz bringt viele Chancen: Er schafft zukunftssichere
164 Arbeitsplätze, macht unsere Städte und den ländlichen Raum lebenswerter, mindert
165 Gesundheitsrisiken, verringert damit auch soziale Ungerechtigkeiten und sorgt
166 dafür, dass auch die Freiheit unserer Kinder und Enkelkinder erhalten bleibt.
167 Mit einem klugen Mix aus Anreizen und Förderung, Ordnungsrecht und CO2-

168 Bepreisung sorgen wir dafür, dass Klimaschutz im Alltag sozial gerecht erfolgt
169 und sich auch ökonomisch lohnt. Dafür werden wir

- 170 • die Einnahmen aus dem nationalen CO₂-Preis vollständig an die Menschen
171 zurückgeben. Dazu führen wir ein Energiegeld ein, das zu Jahresbeginn als
172 Pauschale von zunächst 75 Euro pro Kopf ausgezahlt wird. Das kommt vor
173 allem Geringverdienenden und Familien zugute, denn im Schnitt verbrauchen
174 sie sehr viel weniger CO₂ als Menschen mit hohem Einkommen. Bezieher*innen
175 von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe
176 profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung
177 angerechnet wird. So findet innerhalb des Systems ein sozialer Ausgleich
178 von oben nach unten statt. Auch auf europäischer Ebene setzen wir uns
179 dafür ein, dass die Einnahmen aus dem europäischen CO₂-Preis für Verkehr
180 und Wärme an die Bürger*innen zurückgezahlt werden,
- 181 • zusätzlich den Strompreis über eine Absenkung der EEG-Umlage für alle
182 senken,
- 183 • Geringverdiener*innen mit besonderen Belastungen, etwa Fernpendler*innen,
184 über einen Klimabonus-Fonds unterstützen. Beim Umstieg auf ein E-Auto
185 erhalten sie auf die Kaufförderung von 6.000 Euro noch 3.000 Euro
186 obendrauf. Ebenso unterstützen wir Geringverdienende beim Tausch ihrer
187 alten Heizung gegen eine klimafreundliche Alternative,
- 188 • dafür sorgen, dass sich der Umstieg auf Elektroautos immer stärker
189 rechnet. Dazu staffeln wir die Kaufprämien für E-Autos sozial gerecht,
190 richten die Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß aus und reformieren die
191 Dienstwagenbesteuerung. Damit verleihen wir auch dem Gebrauchtmittel für
192 Elektroautos einen enormen Schub und sorgen dafür, dass immer mehr
193 Menschen auf günstige E-Wagen zurückgreifen können,
- 194 • die Fahrgastzahlen im ÖPNV bis 2030 verdoppeln und ihn dafür massiv
195 ausbauen. So kommen wirklich alle ans Ziel,
- 196 • mit einer Mobilitätsgarantie dafür sorgen, dass gerade im ländlichen Raum
197 ein Mindeststandard an Mobilität sichergestellt ist. Gemeinsam mit den
198 Ländern wollen wir dafür ein verlässliches Angebot an öffentlichem
199 Nahverkehr schaffen mit dem Ziel, dass Mittel- und Oberzentren zwischen 6
200 und 22 Uhr stündlich mit Bus oder Bahn erreichbar sind. Und zu den
201 gängigen Verkehrszeiten soll in Ballungsräumen mindestens ein 15-Minuten-
202 Takt sichergestellt sein. Für das Pendeln in Grenzregionen fördern wir
203 zusätzlich grenzüberschreitende Nahverkehrsverbindungen.

204 **Und so können Menschen von der Energiewende profitieren**

205 Mehr Erneuerbare Energien sind die Grundvoraussetzung für Klimaneutralität. Denn
206 wir brauchen Ökostrom immer stärker auch fürs Heizen, für E-Autos und für die
207 Industrie. Der Ausbau soll jedoch nicht nur den einzelnen Wirtschaftszweigen
208 zugutekommen, sondern jede und jeder Einzelne soll davon profitieren können.

209 Rund 40 Prozent der Ökostromanlagen sind bereits in Bürger*innen-Hand – das
210 wollen wir verstärken. Dafür werden wir

211 • sicherstellen, dass alle Bürger*innen, die sich für den Betrieb einer
212 eigenen Ökostromanlage entscheiden, etwa für eine Solaranlage auf dem
213 eigenen Hausdach, damit Geld sparen und die Klimaziele unterstützen. Auch
214 soll es einfacher werden, sich dafür mit Nachbar*innen für gemeinsame
215 Anlagen zusammenzuschließen,

216 • kleinere Wind- und Solarprojekte von der Ausschreibungspflicht befreien.
217 Damit stärken wir insbesondere Bürger*innen-Projekte und unterstützen die
218 Transformation unserer Gesellschaft Richtung Klimaneutralität von unten,

219 • einen Bürger*innen-Energiewendefonds auflegen, über den die anfangs
220 anfallenden Kosten einer neuen Erneuerbaren-Anlage abgesichert werden
221 können. Denn das Startkapital, das allein für die Bewerbungsphase nötig
222 ist, stellt oft gerade für die kleineren und privaten Akteure, etwa
223 Bürger*innen-Gemeinschaften, eine Hürde dar,

224 • dafür sorgen, dass die Kommunen verbindlich an den Erlösen von Windrädern
225 und Freiflächen-Solaranlagen beteiligt werden. Das schafft Wertschöpfung
226 vor Ort und stärkt Akzeptanz und Unterstützung für die Energiewende.

227 Die Wahl am 26. September ist eine Richtungswahl – es geht um Aufbruch statt
228 Weiter so. Denn es ist keinesfalls sicher, dass eine jede kommende Regierung die
229 Aufgabe des konsequenten Klimaschutzes auch annehmen würde. Oder dass es dabei
230 dann sozial gerecht zugeht. Es geht bei dieser Wahl um die Entscheidung, ob wir
231 eine weitere Bundesregierung akzeptieren, die die notwendigen Maßnahmen zum
232 Schutz unseres Klimas verweigert. Oder ob wir eine starke Klimaregierung wählen,
233 die sich den Realitäten stellt und die den notwendigen Wandel sozial gerecht
234 gestaltet. Nur mit Grünen in einer führenden Rolle wird die kommende Regierung
235 diese starke Klimaregierung sein. Nur mit starken Grünen schützen wir unsere
236 Lebensgrundlagen, setzen den Rahmen für Nachhaltigkeit und Klimaneutralität und
237 sichern den sozialen Zusammenhalt und Wohlstand auch für die Zukunft. Wer
238 Aufbruch will, wählt deshalb Grün.

Begründung der Dringlichkeit

Der Bundestagswahlkampf ist von einer ungewöhnlichen Dynamik geprägt. Um dieser gerecht zu werden und auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können, reicht der Bundesvorstand den Antrag als Dringlichkeitsantrag ein.

Begründung

mündlich